

Stalinisierung der sowjetischen Besatzungszone

Der Ausbau der sowjetischen Besatzungszone „zu einem Sowjetstaat“ lässt sich an folgenden Beispielen belegen:

- Besetzung der **politischen Schlüsselpositionen** durch linientreue kommunistische Funktionäre der Gruppe Ulbricht, die bereits kurz vor Kriegsende aus Moskau nach Deutschland eingeflogen worden war;
- Zulassung politischer **Parteien** bereits am 10. Juni 1945 (Befehl Nr. 2 der SMAD), damit Vorgriff auf die erst in Potsdam geschlossene Vereinbarung über das gemeinsame Vorgehen;
- Neugründung der **KPD** am 11. Juni 1945 als erste Partei der SBZ, was ihr einen erheblichen Vorteil gegenüber den anderen Parteien verschaffte;
- Zusammenschluss der Parteien im Juli 1945 zur „**Einheitsfront** der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ (Antifa-Block) unter ideologischer Führung der KPD, um deren Führungsrolle festzuschreiben;
- **Zwangsvereinigung** der SPD und der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im Juni 1946, mit dem Ziel, der im Grunde nicht konkurrenzfähigen KPD die Massenbasis der SPD zu verschaffen;
- großflächige **Demontage** der Industrie und Überführung der 200 wichtigsten und größten Betriebe als „Sowjetische Aktiengesellschaften“ in den Besitz der Sowjetunion;
- **Verstaatlichung** der Schwerindustrie;
- Enteignung von 35% der landwirtschaftlichen Nutzfläche („**Bodenreform**“), unter dem ideologischen Vorwand der Enteignung der „Junker“ betrieben, sollte aber das selbständige Bauerntum als politischen Faktor ausschalten;
- weitere Maßnahmen zur totalitären Durchdringung des gesellschaftlichen Lebens wie Justizreform, Kulturreform, Bildungs- und Schulreform, sowie die Gründung von **Massenorganisationen** (FDGB, FDJ), um die Gesellschaft in allen ihren Teilen ideologisch zu erfassen.

Übernahme des sowjetischen Modells in der DDR bis 1955

Die „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ (14.7.1945, **Antifa-Block**) war von vornherein auf die Linie der KPD, später der SED festgelegt, da der gemeinsame Block-Ausschuss Beschlüsse nur einstimmig fassen konnte. Dies garantierte (aus ideologischer Sicht), dass auch von den nicht-sozialistischen Block-Parteien keine Politik gegen die Interessen der Arbeiterklasse gemacht werden konnte.

Die Bildung von sozialistischen **Massenorganisationen** (FDGB, FDJ etc.) sicherte einerseits den gesellschaftlichen Einfluss der SED, andererseits über deren Vertretung in der Volkskammer auch ihren Einfluss in der Politik.

Der **Zusammenschluss von SPD und KPD**, aus westlicher Sicht eine „Zwangsvereinigung“, sicherte die Einheit der Arbeiterklasse und garantierte nach sozialistischer Darstellungsweise den ungebrochenen Willen des Volkes, in sozialistischem Sinn die Politik des Staates zu bestimmen. Die SED folgte der Identitätstheorie, nach der nicht Konkurrenz und Mehrheit für Interessenausgleich sorgten, sondern die Interessen von Volk, Arbeiterklasse, Partei und Staat identisch waren und es daher keine Interessen außerhalb der SED geben konnte. Die Blockparteien waren in dieses System durch ihre Verpflichtung auf die Grundsätze sozialistischer Politik einbezogen. Dem entspricht auch, dass die DDR zwar formal ein Mehrparteiensystem beibehielt, die Volkskammer-„wahlen“ jedoch mehr die Vorrangstellung der SED bestätigten als echte Wahlen im westlich-pluralistischen Sinn darstellten (z.B. durch das festgelegte Sitzverhältnis in der Volkskammer).

Bodenreform (1945) und **Kollektivierungskampagnen** (1952) sicherten über die Enteignung von Großgrundbesitz und die Kollektivierung weniger rentabler Güter sowohl die Rentabilität der Landwirtschaft als auch ihre Einordnung in das gesellschaftliche System des „Arbeiter- und Bauern-Staates“.

Breite **Verstaatlichungen**, vor allem in der Schwer- und Schlüsselindustrie (Überführung in Sowjetische Aktiengesellschaften, Bildung „Volkseigener Betriebe“), sicherten auch im industriellen Bereich den Einfluss der SED und ermöglichten ihre Eingliederung in die staatliche Planwirtschaft. Außerdem hatten diese Verstaatlichungen weitreichende gesellschaftliche Auswirkungen, da sie die Sozialstruktur der DDR grundlegend veränderten (Unternehmerschicht).

Auch im **Bildungswesen** konnte die SED-Führung entscheidende Weichen stellen. Nach der schon 1945 begonnenen Schulreform, die gleiche Bildungschancen für alle bringen sollte, wurde der Anteil der Arbeiter- und Bauern-Kinder an den Hochschulen planmäßig (und unter ideologischen Gesichtspunkten) gefördert.